

Reutlinger Nachrichten

SÜDWEST PRESSE

Mittwoch, 5. März 2025 · 3,00 €

Stadt & Region



Reutlingen erhöht den Schutz vor Amokfahrten

Reutlingen. Erneut ist ein Mann mit einem Auto in eine Menschenmenge gefahren. Die Stadt nimmt diese Gefahr ernst und erarbeitet ein neues Schutzkonzept.

Lokales Seite 15

Öfter zweiter Anlauf bei der Theorie

Reutlingen. Fast jede zweite Person fällt durch die Theorieprüfung beim Führerschein. Inzwischen werden Stimmen nach einer Prüfungsreform laut. Ein falscher Ansatz, findet ein Reutlinger Fahrlehrer.

Lokales Seite 16

Der Rahmen für die weitere Entwicklung

Pfullingen. Infoveranstaltung in Pfullingen zum Flächennutzungsplan (FNP) des Nachbarschaftsverbands Reutlingen-Tübingen.

Lokales Seite 17



Jetzt ausprobieren – Ihre Zeitung als E-Paper



Kostenlos für Abonnenten!
Einfach QR-Code scannen oder unter swp.de/mehr anmelden.

Das Wetter

im Südwesten



So erreichen Sie uns:
Hotline für Zustellung und Aboservice: 07121 9302-47
muv.vertrieb@swp.de
Privater Kleinanzeigenservice
07121 9302-0
Redaktion 07121 9302-0 / -11
rn.redaktion@swp.de
Anzeigen 07121 9302-30 / -31
anz-reutlingen@swp.de

72764 Reutlingen, Albstraße 4
Nummer 53 · 77. Jahrgang · E 5841 A



4 195158 703005



Trauer in Mannheim

Nach dem Auto-Anschlag von Mannheim mit zwei Toten ist das Motiv des Täters weiter unklar. Hinweise auf einen extremistischen Hintergrund

gibt es nicht. Gegen den Mann wurde Haftbefehl wegen zweifachen Mordes und mehrfachen versuchten Mordes erlassen. Am Paradeplatz legten

viele Menschen am Dienstag Blumen und Kerzen für die Opfer ab. *Foto: Tim Wegner/epd*

Südwestumschau

Union und SPD einigen sich auf neue Milliarden-Kredite

Finanzen Die Parteien wollen das Grundgesetz ändern, um die Schuldenbremse für die Verteidigung zu lockern und ein Sondervermögen für Infrastruktur zu schaffen.

Union und SPD wollen zusätzliche Milliardenkredite für Verteidigung und Infrastruktur ermöglichen. Das kündigten die Verhandlungsteams nach drei Sondierungsrunden am Dienstagabend in Berlin an. Zum einen solle die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben gelockert werden, sagte CDU-Chef Friedrich Merz. Außerdem solle ein Sondervermögen für die Instandsetzung der Infrastruktur mit 500 Milliarden Euro geschaffen werden.

Beide Beschlüsse sollen noch vom alten Bundestag getroffen werden. Für eine Grundgesetzänderung ist eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament nötig.

„Angesichts der Bedrohungen unserer Freiheit und des Friedens auf unserem Kontinent muss jetzt auch für unsere Verteidigung gelten: whatever it takes“, sagte Merz. Deshalb sollten diejenigen Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse ausgenommen werden, die über einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Damit die Wirtschaft wieder wachse, müs-

se zudem die Infrastruktur verbessert werden. Das geplante kreditfinanzierte Sondervermögen solle über zehn Jahre laufen. Auch die Länder, für die eine besonders strenge Schuldenbremse gilt, sollen künftig die Möglichkeit bekommen, mehr Schulden zu machen.

Am Dienstagmorgen hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“ vorgeschlagen, der „nahezu 800 Milliarden Euro“ mobilisieren solle und neue Militärhilfen für die Ukraine ermöglichen soll.

US-Präsident Donald Trump hatte am Montag angeordnet, die US-Militärhilfen für die Ukraine auszusetzen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj äußerte am Dienstag sein Bedauern über seinen Streit mit Trump. „Es ist bedauerlich, dass es so passiert ist. Es ist Zeit, die Dinge in Ordnung zu bringen“, schrieb er auf X. Er sei bereit, unter Trumps „starker Führung“ daran zu arbeiten, den Krieg schnell zu beenden.

afp/swp

Kommentar
Themen des Tages Seite 2 Politik

Mehrheit im Land will mehr Investitionen

BaWü-Check Die Bevölkerung im Südwesten sieht die Schuldenbremse kritisch.

Stuttgart. Die Menschen in Baden-Württemberg befürworten mehrheitlich das Aufweichen der Schuldenbremse: 50 Prozent der Bevölkerung sind dafür, die strenge Schuldenbremse im Land zu lockern, um in wichtigen Bereichen mehr zu investieren. Nur 36 Prozent plädieren hingegen für ein Festhalten an einem strikten Sparkurs, 14 Prozent sind in der Frage unent-

schieden. Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, der repräsentativen Umfrage der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

Die vom Allensbach-Institut durchgeführte Erhebung ergab dabei auch sehr klare Vorstellungen, wo im Südwesten das Geld dringend benötigt

werde: 93 Prozent der Befragten wollen Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser und Sozialstationen stärken, fast ebenso viele sehen Investitionsbedarf bei Schulen, Kindergärten und Kitas. Auch die Ausstattung der Polizei, der Ausbau von Straße und Schiene, Wohnungsbau und öffentlicher

Nahverkehr stehen bei den Befragten hoch im Kurs.

Echtes Sparpotenzial sehen die Bürger hingegen deutlich seltener – am ehesten bei Kultureinrichtungen wie Theatern und Museen, der Unterstützung von Sportvereinen sowie lokalen Klimaprojekten wie zum Beispiel dem Bau von Radwegen.

Roland Müller
Südwestumschau

Ey, Alter!

Na, heute früh schon im Spiegel die neuen Falten gezählt? Oder das nächste graue Haar entdeckt? Den Spruch „Ich kenn’ dich nicht, aber ich wasch’ dich trotzdem“ gemurmelt? Wir alle wissen: Ab dem Alter von 30 Jahren geht’s bergab. Muskelmasse verschwindet mit einem Prozent pro Jahr, Zipperlein setzen ein, nie gekannte medizinische Fachrichtungen halten Einzug ins eigene Leben.

Man kann natürlich dagegen antrainieren, gesund dagegen anessen – oder mit den Segnungen der Kosmetikindustrie ver-

suchen, den Verfall aufzuhalten. Trotzdem sichert einem eine gewisse Gottergebenheit in solchen Fragen durchaus die nervliche Gesundheit.

Zugegeben, die Altersforschung macht Fortschritte, in Deutschland engagiert sich sogar eine Partei dafür. Allerdings sammelte die Partei für Verjüngungsforschung bei der Bundestagswahl deutschlandweit gerade mal 304 Stimmen ein. Bis wir irgendwann doppelt so lange leben, könnte es also noch dauern.



Wichtig für alle Jugendanbeter ist in der Zwischenzeit vor allem, einen kühlen Kopf zu bewahren. Denn wie Forscherinnen der University of Southern California herausgefunden haben, lässt uns langanhaltende Hitze biologisch schneller altern. Die genauen Gründe haben die Studienautoren zwar nicht erforscht. Schön kühl halten kann aber jedenfalls nicht schaden. Zur Sicherheit kann man ja beim Blick in den Spiegel auf die Brille verzichten.

Stefan Kegel

EU-Kommission Hilfe für die Autobranche

Brüssel. Die EU-Kommission präsentiert an diesem Mittwoch die Ergebnisse ihres Austauschs mit der Auto-Branche. Die Behörde hatte Ende Januar ein Dialog-Forum gestartet, in dem sie unter anderem mit Autobauern und Gewerkschaftsvertretern gesprochen hatte. Bereits am Montag hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigt an, dass Autobauer mehr Zeit bekommen sollen, um EU-Klimavorgaben einzuhalten.

dpa

Kommentar Seite 2

USA Huthi wieder auf Terrorliste

Washington. Die USA haben die Huthi-Miliz im Jemen wieder auf ihre Liste ausländischer Terrororganisationen gesetzt. US-Außenminister Marco Rubio erklärte, die Entscheidung stehe im Dienste „der Sicherheit des amerikanischen Volkes und der Vereinigten Staaten“. Präsident Donald Trump hatte ein entsprechendes Dekret am 22. Januar unterschrieben und damit eine Entscheidung der Vorgängerregierung von Joe Biden rückgängig gemacht.

afp

Kommentar

Guido Bohsem
zu den neuen
Milliarden-Krediten



Geöffnete Schleusen

Was für Zeiten!“ Mit diesem Stoßseufzer kommentierte CSU-Chef Markus

Söder die Einigung, ja, der was? Man muss wohl sagen, der schwarz-roten Koalition. Was Union und SPD mit der doppelten Änderung des Grundgesetzes auf den Weg bringen wollen, ist ein sicheres Vorzeichen dafür, dass diese drei Parteien trotz heftiger Wahlkampfgefechte innerhalb kürzester Zeit loslegen und nach ihren Worten das Land wieder in Schwung bringen und vor allem sicher machen wollen. Der wahrscheinliche Kanzler Friedrich Merz setzt angesichts schwerer Zeiten auf eine vollkommene Umkehr seiner politischen Glaubenssätze. Wenn das Vorhaben gelingen sollte, wäre das ein kraftvoller, ein hoffnungsvoller Start in die neue Legislaturperiode. Jetzt kommt es darauf an, die Zustimmung der Grünen zu gewinnen. Das wird nicht leicht, ist aber möglich.

Die Bundesregierung in spe öffnet damit allerdings auch die Schleusen für gigantische Schulden. Deutschland kann das als Land schultern. Allerdings sollten die Lasten der Schulden – die Zinsen – nicht nur den kommenden Generationen auferlegt werden. Es muss auch aktuell schon Einsparungen geben.

Wehrpflicht gefordert

Bundeswehr Ein CSU-Abgeordneter will ein Ende der Aussetzung.

Berlin. Der CSU-Politiker Florian Hahn fordert wegen der veränderten Bedrohungslage die Wiedereinführung einer Wehrpflicht noch in diesem Jahr. „Die Aussetzung der Wehrpflicht passt nicht mehr zur aktuellen Gefährdungslage. Noch im Jahr 2025 müssen die ersten Wehrpflichtigen durch die Kasernentore schreiten“, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der „Bild“-Zeitung. Deutschland brauche jetzt „eine glaubwürdige Abschreckung durch eine personelle Aufwuchsfähigkeit“.

dpa